

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

"Ottendorfer Zeitung" erscheint Dienstag, Donnerstag und Samstagabend.
Ausgabe-Preis: Monatlich 2,25 Mark.
Abstellung durch die Posten 2,50 Mark.
Falls höherer Gewalt (Krieg usw.) kommt
wiederherzurück des Betriebes der
Post, der Postamt und der Belehrungen
der Bevölkerung hat der Bevölkerung keinen An-
trag auf Sicherung oder Nachsicherung der
Post und auf Sicherung oder Nachsicherung der
Belehrungen.

Unterhaltungs- und Anzeigeblatt

Anzeigen-Preis: Die kleinste gezeichnete Zeile
oder deren Klamme wird mit 10 Pf., auf
der rechten Seite mit 125 Pf. berechnet.
Anzeigen werden an den Geschäftsanträgen
des Schriftstellers vermerkt, so wie in die
Geschäftsbeschreibung erheben.
Jeder Abdruck auf Papier ist erlaubt, wenn
der Angeber-Besitz durch Schreibe einverstanden
werden soll, aber wenn der Angeber
in Aussicht gestellt.

Sprech-Anschluß Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Nummer 150

Mittwoch, den 10. November 1920

19. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Flachsabau.

Die Flachsabauer wollen die Aussaat und Anbau
bis dieses Jahr bis
spätestens 10. November dss. Jz.
Gemeindeamt — Meldeamt — anmelden.
Ottendorf-Moritzdörf, am 1. November 1920.

Der Gemeindevorstand.

Zwei Jahre Republik

Seit dem November 1918 besteht die alte deutsche
Kaisertreue fort unter dem neuen Titel „die Republik
Deutschland“. Wem zum Vorteil, wem zum Nachteil? —
deutschen Steuerzahler, die Untertanen, sind die Leb-
sinn in der jungen Republik. Ihre Freiheit ist so
sehr geschnitten, daß jede Selbständigkeit, jeder Lebensimpuls
unter der Überwachung und Bevormundung eines
staatlich angewiesenen Beamten umsorgt. Bis auf die
familären und allerpersönlichen Verhältnisse er-
scheint sich die Kontrolle der nach Steuerbarem spähenden
Beamten, irgend ein Recht der Person wird behördlich
anerkannt; ein Selbstbewußtsein oder eine Eigenwürde
Untertanen wird ähnlich weder gewünscht noch respektiert.
Zwei ist der Regierungssapparat so eminent viel teurer ge-
worden, daß die schon früher drückende Steuerlast neuendringt
viel schwerer die ihr Erliegenden bedrängt. Der
Arbeitsmarkt ist abgeschafft — leider nur auf dem Papier.
Drohnen der abgesetzten Geschütze auf den Truppen-
angepläniert den aufgehobenen Militarismus.
Schwierig ist vor der Regierung die sie am Ruder haltenden
öffentliche Macht so unentbehrlich, daß sie für jeden ihrer
Beamten ein Kapital verausgabt, um sich diese Sicherung
Kosten der Steuerzahler zu erhalten. Der militärisch
schwanger ist allerdings gefallen. (Hoffentlich lebt er in
einer Zeit nicht wieder auf!) Auch die Arbeitszeit
verkürzt. Diese Errungenschaften sollen der Revolution
aus zugute gerechnet werden, ohne indessen darüber
zu erwähnen, daß die Lebenshaltung der besteuerten Unter-
tanen sich in den letzten Jahren wesentlich verschlechtert hat.
Lebensluk der Beamten sieht die Entwertung des Volkes
an.

Den Vorteil der neuen Bundesrepublik genießen vor
allem die Beamten. Unbekümmert um die Notlage, in die
Krieg und die historische Wirtschaft des hohenzollernschen
Reiches die Untertanen versetzt hatte, unbekümmert
die lawinenhaft anwachsenden Staatschulden, setzte die
Regierung für sich selbst — denn das Beamtenamt bildet
eine Regierung — vor allem eine Behördung durch, die ge-
nug war, um jeden Beamten aller Einschränkung
zu entheben. Jeder schwelt in Teuerungszulagen, Beihilfen,
Entlastungsgeldern, Entschuldigungssummen und wie die
Abhandlungen sonst noch benannt werden. Alle größeren
Entwicklungen gesetzen — in voller Dossentlichkeit
durch das Reichsernährungsministerium beantwortet —
Bedeckte. Gibt kommen die Herren Beamten, wenn
verzeichlich verlost sind, morgen die sumptuose Steuer-
zahler mit dem Rest absind. Zu erwägen ist hierbei
besonders, daß es sich in Deutschland nicht allein um die
Wirtschaft eines einzigen Staates handelt, sondern daß
die vielen deutschen Minitiativ-Republiken mit den
demokratischen Ansprüchen eines zahllosen Beamtenheeres zu rechnen
haben. Die Beamten schneiden wahrscheinlich bei dem System
in den Bundesstaaten vorzüglich ab. Dieselben
Personen, die früher überzeugte Monarchen
und vielleicht in den Kriegervereinen das große Wort
entdeckten, nachdem die Monarchen abgetan waren, erheben sie
jetzt ihre demokratische Gesinnung und dienen jetzt
neuen Republik. Dieser Erleuchtung folgte alsbald der
Krieg in Klingender Münze. Beim nächsten
Märkte der Ruhm folgen. Die Gesinnung ist in
Politik ein brauchbares Spekulationsobjekt. Es ist nicht
die mäßige Bezahlung, die die alten Beamten und
Söhne der Neuangestellten so übermäßig gemacht hat.
Sie unbedingt Machtstellung, die Selbstsicherheit, die
republikanischen Beamten eingeräumt wurde, erhält sie
jetzt gänzlich. Jeder von ihnen fühlt sich als
Herr im Bezirk, dem sein Volk zu gehorchen hat,
der Willkür die suprema lex für den ihm untergeordneten
Söhnen wichtig zog, kann mit seinen Kunden umspringen,
wie beliebt. Ja ihm amtlich eine Verkaufsmonopol.

eingeräumt, so ist der Konsument ihm wehrlos preisgegeben;
— die Antistelle sieht schüchtern hinter ihm. Den Be-
amten brachte die Republik eminent große Vorteile. Ihnen
zunächst standen die Großkapitalisten, die alten und die am
Wachsenland des Volkes zu Millionen gewordenen Wucherer.
Nichts ist dem Wucher gedeihlicher als die Not des Volkes.
— Den Herren des Vaterlandes gegenüber versagt die
Steuerzahler. An seine Auftraggeber (und Kollegen), die
Staatspräsidenten, traut sich ein richtig geschulter Staats-
funktionär nicht heran. Den Agrarier wurden seitens der
Regierung für ihre Produkte vorweg die unerhörte Höchst-
preise zugebilligt und sodann lehrten sich diese privilegierten
Inhaber des Staates ganz und gar nicht an die ihnen ge-
zogene Schranke, sondern sie verliehen sich auf „ihre“ Re-
gierung, die pflichtbewußt zu ihnen halten würde und be-
trieben ihren Wucher ohne alle Rücksicht auf die amtlich
vorgeschriebenen Höchstpreise. Die getreue Regierung ent-
sprach durchaus den Erwartungen der Agrarier und ließ sie
bei ihrem Wucher amtlich unbelästigt. Die Staatspräsidenten
(die beamten Steuerempfänger und die aus dem Staate
Rücken ziehenden Kapitalisten) können frohlocken über die be-
siegteten Steuerzahler, die kommunen Untertanen. Die Re-
gierung für ihre servile Haltung zu tadeln, wäre kritisch.
Sie kann nur vor allem sich selbst bedenken und sobald für
diejenige Partei amtieren, die sich den Staat als Herrschafts-
instrument und zur Verschöpfung ihrer Habgut hält. Geht
die Regierung nicht mit den Herren des Staates, für die
allein die Institution des Staates von Nutzen ist, so geben
diese Herren Staatspräsidenten ihr den Ursprung. Dürfte
der zur Untertanenschaft gezwungene Landes-Steuer-
zahler aus der Staatspartei austreten wie aus der
Staatskirche, so würde die Steuerzahler zum Schaden
der Beamten wohl bald an einen fühlbaren Mangel an
Einnahmen leiden. Denn letzten Endes fließen fast alle
Steuern den Beamten und Staatsbeamten zu. Ver-
sicherungsbeiträge zahlt jeder Versicherte freiwillig, da die
erworbenen Versicherungen ihm vorteilhaft ist. Weil der Staat
seinen beherblichen und besteuerten Untertanen gar keinen
Vorteil sondern nur Nachteil bietet, darum bedarf er des
Militärs, um sie mit Gewalt unter seine Vollmächtigkeit zu
zwingen. Brächte der Staat den seiner Übermacht erliegen-
den, widerwilligen Untertanen die Vorteile einer Gegenfeitig-
keitsversicherung, so brauchte er nicht seinen Zwang, mit der
Soldatenkraft im Hintergrunde, an den ihm Widerstrebenen
zu verlieren. Einen greifbaren Vorteil lädt sich niemand
leicht hin entgehen, den Nachteil vermeidet jeder gern.

In der jetzt zwei Jahre alten deutschen Republik gibt
es zwei extreme Parteien. Die Staatspartei, mit ihren
Beamten und Kapitalisten, genießt den Vorteil der Republik,
während die zur Steuerleistung niebergewungenen Unter-
tanen der Nachteil trifft. Sie könnten sich erst aufrichten,
wenn sie von den Fesseln befreit würden, die sie an ihre
Bedrückung schmieden.

Vertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 8. November 1920.

— In der am Freitag abend stattgefundenen Schul-
vorlesung teilte der Vorsitzende, Herr Gemeindevorstand
Richter, mit, daß die zwei neuingerichteten Klassenzimmer
bereitgestellt sind, und einen Kostenaufwand von etwa
14 000 Mark beansprucht haben. In der zum Vortrag ge-
brachten Schulfassrechnung von 1919 bis April 1920 wurde
mitgeteilt, daß ein Fehlbetrag von 17 000 Mark be-
stehe. Der Kostenvoranschlag für 1920—1921 betrifft nur
noch die Unterhaltung der Gebäude usw. da die sonstigen
Lasten vom Staat übernommen worden sind. Herr Direktor
Endler weiß gleichzeitig darauf hin, daß die Schaffung eines
weiteren Klassenzimmers sich als notwendig erweise. Diese
Anforderung brachte eine längere Ausprache und soll sich
die Baukommission mit dieser Angelegenheit befassen. Für
die Zwecke der Bibliothek wurde die angeholt Summe von
400 Mark auf 600 Mark erhöht, auch soll die Bibliothek
für die Folge größere Zuwendungen erhalten. Da sich der
Abzug der neuen Schule als notwendig erweist, sollen die
sich notwendig machenenden Arbeiten auf dem Wege der
produktiven Erwerbslosenfürsorge erledigt werden. Herr
Direktor Endler weiß darauf hin, daß ab Ostern 1921 die
Mädchenfortbildungsschule eingezogen werden müsse und dann
die Schaffung einer Kochschule notwendig sei. Da aber für
diesen Zweck keine Räume zur Verfügung stehen, so wird es
nicht anders angehen, als dem seit Jahren geplanten Bau
einer Turnhalle näherzutreten, in der dann diese Räume
sind, gejohnt.

mit geschaffen werden könnten. Der Vorsitzende macht hier-
zu den Vorschlag die Ausbringung der dazu benötigten Geld-
mittel im Bege der Schulvorlesungen durch Anteilscheine
in Höhe von 500 bis 1000 Mark aufzubringen, die nach
entsprechender Zeit zur Auslösung gelangen. In der Frage
des Religionsunterrichtserteilung entspann sich eine ziemlich
bemerkte Debatte, da vonseiten der Bevölkerung die Erteilung
des Religionsunterrichts abgelehnt worden war, schließlich
kam eine Einigung insofern zustande als sich die Lehrer
bereit erklärt, den in der jetzigen Form erteilten Religions-
unterricht bis Ostern weiter zu erteilen. Die kostenfreie
Bießerung von Vermittlern für Bedürftige fand dahin Er-
ledigung, als dem Vorsitzenden die Prüfung der vorkommen-
den Fälle mit übertragen wurde. Die Aufhöhung von
einigen Obstbäumen für die Fortbildungsschule fand all-
gemeine Zustimmung. Hierauf geheime Sitzung.

— Die Zahl der Erwerbslosen in Sachsen betrug am
1. Oktober 71 080 männliche und 34 748 weibliche erwerbslose
Personen, am 15. Oktober 68 167 männliche und 34 879
weibliche Personen. Hieraus geht hervor daß die Zahl der
Erwerbslosen erstaunlicherweise abgenommen hat.

— Die Arbeiten über die Auseinandersetzung mit dem
ehemaligen sächsischen Königshaus sind nunmehr soweit
fortgeschritten, daß die abschließenden Belehrungen mit dem
Vertreter des ehemaligen Königs beginnen können. Be-
kanntlich waren die Auseinandersetzungen besonders deswegen
schwierig, weil die privatrechtlichen und staatlichen Ansprüche
aus die Sammlungen der Gemäldegalerie, des Grünen
Gewölbes usw. geltend werden mussten. Die Regierungsvorlage
hierüber dürfte dem neuen Landtag bald nach dem
Wiederzusammentritt zugehen.

Königsbrück. Die Preisprüfungsstelle des Bezirks
hat die Fleischpreise neu festgesetzt. Es kostet nunmehr im
Kleinverkauf das Pfund Rindfleisch 7 bis 9 Mark, Kalbfleisch
8 Mark, Schweinefleisch 14 bis 15 Mark.

Dresden. Am Sonntag vormittag erlitt auf einem
Sportplatz an der Marienbrücke ein 19 Jahre alter Betriebs-
beamter beim Fußballspiel einen Bruch des linken Beines
und wurde mit dem Unfallwagen dem Krankenhaus Fried-
richstadt zugeliefert.

Grimma. In dem großen Stallgebäude des Guts-
besitzers Götschens Anwesen in der Schulstraße hier entstand
abends ein Feuer, das sich, da in dem Gebäude mehrere
hundert Zentner Heu und Stroh lagerten, schnell über das
ganze Gebäude ausbreitete. Das Vieh konnte in Sicher-
heit gebracht werden. Das Gebäude ist vollständig ausge-
brannt. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Döderan. Der Fahrradführer Gustav Wiedrich
verunglückte dadurch, daß der Fahrrad sich plötzlich von
sich in Bewegung setzte und Wiedrich zwischen Fahrrad
und Wand zerquetscht wurde.

— Am Sonnabend abend kam auf dem Heimwege die
77 Jahre alte Gattin des früheren Landescharfrichters
Brand im dichten Nebel vom Wege ab, fiel in den nahe
ihrer Wohnung befindlichen Teich und ertrank.

Leisnitz. Am Donnerstag abend ist bei dem Guts-
besitzer Görner eingebrochen worden. Es wurden die Kleider-
schranken ausgeraubt, mehrere Anzüge, Schuhe, Ulster nebst
den in den Sachen enthaltenen Gegenständen gestohlen.
Dem einen Sohne wurden sämtliche Sachen bis auf die
Arbeitskleidung, die er anhatte, entwendet.

Waldenburg. Infolge der schlechten Finanzlage
der St. dt müssen zur Deckung der haushaltspflichtigen
Fehlbeträge die Grundsteuer, die Hundesteuer und die Miet-
steuer in doppelter Höhe, sowie der Wasserzins in fünffacher
Höhe der seitherigen Sähe erhoben werden.

Widau. Bei der Firma Jung und Simons,
Weberei und Färberei in Schedewitz, ist die Arbeiterschaft
einschließlich der Maschinisten und Heizer in den Streik ge-
treten. Die Zahl der Ausständigen beträgt gegen 500.

— Der Verband der Landwirte im Erzgebirge hat bei
Beginn der freien Fleischwirtschaft seinen Mitgliedern Durch-
schnittspreise für Vieh ab Stall als Richtlinien empfohlen,
vor Wucherpreisen gewarnt und erklärt, daß er alle an ihn
kommenden Anzeigen wegen übermäßiger Forderungen weiter
verfolgen werde.

Elsierberg. Aus einer hiesigen Fabrik wurde in
den letzten Tagen ein wertvoller Doppelreibriemen
11,70 Meter lang, 17 Centimeter breit und 15 Millimeter
dic, gekauft.

Dr. Simons' Rechenschaftsbericht.

(Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Der zweite Tag der großen Ausprache im Reichstag wurde von den unermüdlichen Sorgen unserer äußeren Politik beherrscht. Dr. Simons, dem das gewiß nicht beiderleihe Wohl zugesessen ist, in diesen Zeiten den so genannten Vertrag mit den fremden Regierungen und Völkern zu pflegen, schüttete vor der deutschen Volksvertretung sein Herz aus.

Man sieht sich lebhaft denken, wie unmöglich ihm dabei zumute war. Man sieht förmlich seinen tiefen Verstand ringen mit den heissen Empfindungen seines Herzens. Rorn und Begeisterung, die sich immer wieder verdrängen wollen, müssen gewaltig unterdrückt werden durch einen harten Willen, der diesem Mann an verantwortlichen Zeiten unter allen Umständen das verfügen muß, womit jeder andere Deutsche wenigstens sein Gemüt erledigen kann. Dr. Simons ist ein Mann breiter Plausitaufstellung, der auf jeden billigen rednerischen Erfolg verzichtet, wo es sich um Sein oder Nichtsein für unser Volk handelt. Er bemüht sich auf das gewissenhafte, die Dinge so zu schildern, wie sie sind, nicht einen Grad übertreibt, aber auch nicht einen Schatten dünkt. Mit besonderer Kostlichkeit vermeidet er jedes Wort, daß ihm etwa als Erbitterung nach Westen hin ausgelegt werden könnte; aber wo sich bereits gute Wille zu wirklichen Friedensverhandlungen mit uns gezeigt hat, da glaubt er ihn auch, ohne Überzeichnung selbstverständlich, aber doch als Anzeichen einer besseren Zeit dankbar begrüßen zu dürfen. Über West, über den Völkerbund sagt er, was gesagt werden muß; er spricht es deutlich aus, daß unsere Wiederauflösung zu direktem oder indirektem Kolonialbesitz noch durchaus nicht von der Tagesordnung abgesehen ist, und unteren Stammesbündnern in den östlichen und westlichen Grenzmarken drückt er verständnisvoll die Hand. Er wird ihrer niemals vergehen, und zwei hohe Punkte seiner Rede sind die Mitteilungen über das Verhalten der Entenkommissionen in deutschen Landen. Der einen, die in deutschen Universitätsinstituten umwandert und mit eigener Hand wertvolle optische Instrumente herstellt, und der anderen, die sich mit der österreichischen Industrie in Verbindung setzt mit der Fortsetzung eingehender Informationen darüber, wie sich die österreichische Industrie bei einem Abergang an Polen verhalten würde. Die interalliierte Kommission hat keinen anderen Auftrag, als dafür zu sorgen, daß bis zur Abstimmung Differenzen ordentlich verhandelt werden, und daß die Abstimmung absolut unparteiisch vorgenommen wird. Wie es mit dieser ihren Aufgabe in Wahrheit steht, ist nur zu gut bekannt. Man sieht auch in dieser Enthüllung wieder einmal, was es mit allen den schönen Redensarten des Friedensvertrages auf sich hat.

Der Reichstag hörte den Minister des Äußeren ohne besondere Zeichen feierlicher Erregung an. Die vielen und die langen Reden, die ein Hauptmerkmal unserer Tage sind, stumpten die Aufnahmefähigkeit der Hörer unerträglich ab, was deswegen der Fortdauer der allgemeinen Redestut gar keinen Abbruch tut. Der Führer der rechts stehengebliebenen Unabhängigen, Herr Gräfin, nahm die Tribüne nun mehr zwei Stunden für sich in Anspruch und rüttelte ebenso heftige Angriffe nach rechts wie gegen seine sozialistischen Verbündeten von anderer Fraktionseinführung. Bleiben noch zwei Reden aus dem bürgerlichen Lager: Dr. Stresemann und Dr. Heim. Was der Führer der Deutschen Volkspartei zu sagen hatte, blang nicht gerade so, als wollte er die Regierungspolitik, für die er in soviel mitverantwortlich gehalten, in Bauteilen und Bogen verteidigen. Manches blang eher nach Verneinung als nach Bejahung und manchmal schien es, als wollte er nach rechts hin eher Fäden knüpfen als trennen. Umgekehrt erholt man bei den Worten des Führers der bürgerlichen Volkspartei den Eindruck, als wollte er die Tatsache, daß er nicht im Regierungslager steht, vergessen machen. Er legte jeden Abstandsgedanken mit der gleichen Entschiedenheit ab, mit der er die angeklagte bündesstaatliche Autonomie für Oberschlesien willkommen blieb. Mehr kann man eigentlich vom Standpunkt des Ministeriums fernerbach aus, nicht gut verlangen. Jedenfalls, Herr Dr. Simons kann einswerden mit dem Erfolg, den seine große Rede im Hause gefunden hat, recht zufrieden sein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Deutschland und der Völkerbund. Wie der italienische Vertreter des Völkerbundes mitteilt, werden auf der

Generalversammlung in Bern auch folgende einsehbare Bündie behandelt werden: Die wirtschaftliche Solidarität der Vereinigten Staaten zur Behebung des Rohstoffmangels und die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Zur Reichspräsidentenwahl. Das Geleb über die Wahl des Reichspräsidenten regelt lediglich die Grundzüge des Wahlverfahrens. Im übrigen erklärt es eine Reihe von Vorstritten des Reichswahlgesetzes für entsprechend anwendbar und ermächtigt den Reichskanzler des Innern, mit Zustimmung des Reichsrats die Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Diese Ausführungsbestimmungen werden nun mehr in der Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten gebraucht, die sich möglichst an die Reichswahlordnung anlehnt, die bei der jüngsten Reichstagswahl gemacht Erfahrungen aber bereits berücksichtigt. Die Errichtung des Wahlsteins wird weiter aufgebaut, der Zwang, Wählerstimmen in doppelter Hälfte aufzustellen, bestätigt, die Wahlzeit den verschiedenen Bedürfnissen in den einzelnen Wahlkreisen angepaßt. Wenn die erste Wahl des Reichspräsidenten stattfindet, steht noch nicht fest.

Wieder eine Entwaffnungsnote. Es bestätigt sich, daß tatsächlich eine Mietzeit des Vorsitzenden der französischen Militärmision Generals Rolet seit einigen Tagen dem Auswärtigen Amt vorliegt, die sich mit der Frage der Entwaffnung angeblich noch befahrender bewaffneter Organisationen beschäftigt. In diesem Zusammenhang meint General Rolet auf die bayerischen Verbündeten und namentlich auf das vor kurzem in München abgeschlossene Bündische der bayerischen Einwohnerwehr hin. Die Mitteilungen General Rolets unterliegen zurzeit der Nachprüfung und Erwägung der Reichsregierung.

Der Kampf um den Staatsrat. In der Preußischen Landesversammlung fand eine sehr bewegte Aussprache über den Staatsrat statt. Die Sozialdemokraten ließen durch den Abgeordneten Heilmann erklären, daß sie mandatarien Bedenken hätten. Für die Demokraten sprach Dr. Breuer, der darlegte, daß der Staatsrat das einzige Bindemittel für die Provinzen an den Staat Preußen sei. Im weiteren Verlauf der Aussprache hielt der Abgeordnete Dr. Lauther (Hentz.) eine bemerkenswerte Rede über die Loslösungsberebereitung. Schließlich wurden die Bestimmungen über den Staatsrat im wesentlichen in der Ausschusssitzung angenommen.

Der Kampf um die Schule. In Höchst a. M. hat die sozialistische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung bei der Beratung des Haushaltspolitik die Mittel für den Religionsunterricht gestrichen. Ein Antrag der Katholiken, eine Summe für den Religions- und Moralunterricht zusammen einzuziehen und unter die Kultusgesellschaften zu verteilen, wurde auch abgelehnt. Von bürgerlicher Seite wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß man mit aller Kraft darauf hinarbeiten werde, die Einstellung der Mittel für den Religionsunterricht auf dem Wege der Zwangskatholisierung durch die Regierung vorzunehmen.

Der Kampf um die Parteiakasse der Unabhängigen hat nun auch das Zivilgericht in Berlin beschäftigt. Die Linken unabhängigen verlangen eine einstweilige Verfügung, die den Vorstandesmitgliedern der alten U. S. P. D. die freie Verfügung über die Parteiakasse untersagen sollte. Nach langerer Beratung wies das Gericht den Antrag der Kommunisten auf. Ein Antrag einer einstweiligen Verfügung bestand ab. In der Verhandlung wurde ausgetragen, daß einmal das Landgericht I unzureichend sei, da die Antragsteller im Besitz des Landgerichts II wohnen. Ferner handele es sich nicht um die Klage eines Vereins gegen seine jetzigen oder früheren Mitglieder, wie es der § 22 der C. V. D. forderte. Die Antragstellerin, die unter dem Namen Centralkomitee zusammengefaßt und ein nicht rechtmäßiger Verein habe lediglich glaubhaft gemacht, daß nicht sie, sondern das frühere Centralkomitee der U. S. P. D. den Antrag gegen zur Verrottung der Gelder als Treuhänder einen Auftrag erhielt hat. Es sei juristisch unmöglich, die jetzige Antragstellerin als die Rechtsnachfolgerin des früheren Centralkomitees der U. S. P. D. anzusehen.

Bayerischer Landtag und Münchener Polizei. Im bayerischen Landtag teilte der Präsident mit, daß der Staatshaushaltsschluß das Mandat zur Bildung eines Untersuchungsausschusses in Angelegenheit der in einem sozialistischen Antrag behaupteten Straftaten von Münchener Polizeigremien dem Plenum zugeschrieben habe. Für den neu zu bildenden Ausschuss sind jedoch Abgeordnete der bürgerlichen Volkspartei, zwei Abgeordnete der mehrheitssozialistischen Partei, zwei Abgeordnete der bayerischen Mittelpartei, zwei Abgeordnete der bayerischen Mittelpartei.

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tage, und Setzereien.

* Die Entente hat eine neue Entwaffnungsnote in Verbreitern lassen, in der besonders auf die bayerischen Einwohnerwehr hingewiesen wird.

* Dem zum japanischen Botschafter in Berlin ernannten ehemaligen japanischen Gesandten in Schweden soll bestens der deutschen Regierung das Amt eröffnet werden.

* Wie verlautet, ist die Bekämpfung des zum Oberstabschulrat von Berlin gewählten Dr. Bovenschen nicht mehr erwartet.

* Die französische Regierung hat in London entwaffnet Einspruch gegen die Freiheit der deutschen Vermögen in England erhoben, da England dazu nicht berechtigt ist.

* Prinz Paul von Griechenland will den Thron nur annehmen, wenn das griechische Volk unzweckmäßig ist, daß es die Rückkehr des Königs Konstantin nicht wünscht.

* Wie aus Washington gemeldet wird, lastet der Kommandeur des Seesoldatenkorps, General Barnett, dem Untersuchungsgericht aus, daß während der Verhandlungen von Haiti durch die Amerikaner 2250 Einheimische getötet wurden.

partei, zwei Abgeordnete der U. S. P. und je ein Abgeordneter der Demokraten und des Bauerndenkmals vorgeschlagen. Das Haus beschloß, die Vorschläge zu stimmen.

Disziplinarverfahren gegen 74 Beamte. Staatsrat von Neuz hat beschlossen, gegen 74 Beamte des Volksstaates Neuz, die am Kapp-Putsch beteiligt waren, Disziplinarverfahren einzuleiten. Da das Strafverfahren wegen Hoch- und Landesverrats infolge des Amnestie-Ediktes des Reichspräsidenten niedergeschlagen wurde, wird bestritten, ob das Disziplinarverfahren zulässig ist.

Gotha. Nach langwierigen Verhandlungen genehmigte die Entente, daß die Gebäude der bayerischen Fliegertruppe, welche nach dem Vorfall des Friedensvertrages abgerissen werden müßten, für industrielle Zwecke erhalten bleiben.

Le Havre. Hier sind zwölf große Schiffe mit 20000 Menschen aus Amerika eingetroffen. Andere Schiffe werden bald eintreffen.

London. Lord George erklärte, Präsident Wilson ist am 18. Oktober mitgeteilt, daß er die Ausgewogenen Grenzen des armenischen Staates zu bestimmten.

Erste Warnung an die Entente.

Die deutsche Regierung legt in Paris eine Note einer Denkschrift über die Frage der Dieselmotoren vor.

Die Denkschrift über die Bereicherung der Aeronautik-Kommission auf Veranlassung der in neueren Dielektrikum nicht anerkannten können. Der Artikel 188 des Friedensvertrages spricht nur davon, daß die U-Boote, jedoch nicht ausgeliefert würden, abzubrechen seien. Artikel 191 ist andererseits ausdrücklich fest, daß die aus dem alten Materialien zu rein industriellen und Handelszwecken Verwendung finden würden. Die im November

des Unteroffiziers Marineminister überreichte des auszuliefernden oder zu zerstörenden Materials die Dieselmotoren nicht enthalten. Erst später ist der Nachtrag bekannt geworden, in

der aufgeführt waren. Die Denkschrift führt weiter, daß der in neueren Dieselmotoren keine für Krieger geschaffene und geeignete Maschine sei. Leichtfeuerhaubitzen sind keine Hauptwaffe bei großer Geschwindigkeit, die die Häufigkeit seiner inzwischen Verwendet. Es wird weiter ein Überblick über die Art des Verbrauchs der Dieselmotoren in Deutschland gegeben, um

dass eine Erholung bei Verwendung dieser Maschine ganz nicht möglich sei. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß die Bereicherung der Dieselmotoren der Leistungsfähigkeit der ganzen Industrie gleichkommt und weitere einschneidende Einschränkungen der deutschen Produktionskraft bedingt.

Zugleich würden Tausende von Arbeitern beschäftigt und zu unfruchtbarem Leben verurteilt werden, was Vater und Gesetze für Deutschland unerträglich vermieden würden.

Erstehen! Lassen wir das Essen sein und gehen wir in die frische Luft!

„Nein, mein“, wahrte Hedwig hastig, „ich muß erst Baron begrüßen, summe weiß wolle.“

„Du lieber Gott, das kann noch eine halbe Stunde dauern“, erwiderte der Bäcker, indem er einen schmunzelnden Blick auf den gefüllten Teller warf, den er beim Eintritt des Barons im Stich gelassen. „Na, wenn wir durchaus warten müssen, da kann ich auch erst noch ein Bissen essen. Komm, hier sind ein paar Stücke. Die Brotzeit ist großartig, Hedwig, so gut nach meinem Geschmack. Willst Du nicht auch ein Stückchen essen, Schätzchen?“

„Nein, Georg, ich könnte keinen Bissen hinunterbekommen, ich glaube, ich würde daran ersticken“, versetzte Hedwig, habe kurz vor dem Weggehen bei Tante Toot getrunken, nur, Georg, geh an Deinen Platz zurück, ich bleibe hier sitzen und warte auf den Baron und die Baronin.“

„Du hast Dich mächtig wichtig gemacht, Baronin“, brummte ihr Mann ärgerlich.

Hedwig gab keine Antwort auf diese Worte, hatte sie dieselben gar nicht vernommen. Nur ein einziger Gedanke erscholl ihr Herz. Sie war überzeugt, daß Baron an alles erinnerte. Was würde nun geschehen? Sie sah sich als Chiemseemann erweilen und die Wiedererlangung dämmersrost dazu verführen, den anderen von der Sonnen- und Schönheitsstrafe zu befreien? Wenn er das wiedergäbe, dann — dann war Hedwig unbedingt verloren, würde sie verloren — man würde sie wegen Weiterschreiten der Befreiung, die furchtbaren Schrecken der Hundszuchtschule mißhandeln. Ihr dann — sie würde eingelernt —

Fortsetzung folgt.

Zweimal gelebt.

Aus dem Englischen von G. Wehner.

69]

„Ich kann nicht. Wir müssen nach Hause, wie sind ohnehin schon zu lange fortgeblieben.“

„Ich, Georg, ich hatte Tante verprochen, Ihr hente abends zu besuchen“, sagte Hedwig unchlüssig, was sie tun solle. Sie hätte zu gern den Feiertag begegnen, aber zugleich erinnerte sie sich ihres gegebenen Versprechens.

„Das nur gut sein“, fiel da der Onkel ein. „Wir werden schon allein fertig, gehe ruhig mit Deinem Mann und amüsier Euch gut.“

Amberger und seine Frau begaben sich eilig ins Dorf zurück, während Schneid und Hedwig sich dem Bäcker, die nach dem Schlosse fuhren, zugesellten. In den drei großen Scheunen des Guithofes waren lange Tafeln aufgestellt. Die westliche Scheune war die grösste und beste; sie war bereits zum Erdreihen voll, als Schneid mit seiner Frau anlangte. Sie zogen es gleich vielen anderen Leuten vor, einzeweilen draußen zu bleiben. Man lachte und scherzte und war in der allerbesten Laune. Die Nadel des Barons, ihres lieben Herrn, seine persönliche Erziehung, die Freude seiner Untertanen über sein gesundes Aussehen, der Tod des Erben von Großhofen, das Abschehen der schönen Baronin — das waren die Gesprächsstoffe des Tages. Aber immer bildete der Baron selber den Mittelpunkt derselben. Man war ja so froh, so überaus glücklich, daß der Herr und Gebieter wieder daheim war. Hatte er ja zuvor so gesund und blühend ausgesehen? Hatte seine Stimme je so hell und fröhlich geklungen wie heute? Und dann der freudliche, liebenswürdige Ton, in welchem er zu allen gesprochen. Wie er sich eines jeden erinnerte! Das war es, was ihm die Herzen der biederer Landbewohner so weit öffnete, der Männer wie der Frauen, die ihn schon von Kindheit an lauteten und liebten, wie man einen gültigen Herrscher liebt.

„Er wird ebenso gut gegen uns sein, wie sein seltiger Herr Vater es war“, sagte ein alter Mann mit schneeweißen Haar zu Hedwig. „Man führt zwar, der Blutz der Arznei habe auch ihn befallen, aber das kann nicht mehr sein — sein lieber Gott sieht mir nicht danach aus. Gott segne ihn. Er ist ein lieber, guter Herr, und gesäßt ist er auch, dem fehlt nichts.“

„Hedwig, was ist Dir? Du siehst ja aus wie eine Kallwand!“ sagte Schneid besorgt, der sich gerade in seinem Augenblick nach seiner Frau umwandte. „Du mußt was essen. Du bist gewiß hungrig. Komm, wie gehen in die Scheune. Weile dich hinter mir, ich will mir schon einen Weg bahnen.“

Schneid machte sich ein wenig breit und schritt voran. Nach einigen gelinden Rückschlägen und energischen Vorbrüchen gelangten sie an eine etwas feierlichere Stelle in dem großen Raum. Die Tische waren dicht besetzt mit hungrigen Menschen, welche den Speisen fröhlig zusprachen, als hätten sie tagelang nichts genossen. Der Verwalter und die Dienster eilten hin und her, jeden der Gäste zum Falangen nördigend. Sch neid war eben im Begriff, von einem leergetrockneten Platz wieder zu ergreifen, als die Tür geöffnet ward und Baron von Arstein einztrat, gefolgt von Margarete und einigen der herrschaftlichen Gäste.

Sofort erhoben sich alle Anwesenden von ihren Sitzen und ein enthusiastisches Hochrufen erscholl von allen Seiten. Hedwig holte sich auf den Hüpfbügeln emporgerückt und konnte sehen, wie der Baron jedem einzelnen herzlich die Hand drückte. Bald würde er auch in Ihre Nähe, zu ihr kommen, er würde Ihre Hand in die seine nehmen. Auch von Margaretes stolzlicher Gestalt, ihrem lässig schönen, vornehmten Gesicht erhobte sie dann und wann einen flüchtigen Blick. Doch ihre Augen hielten meistens auf dem Baron. Wie schaute er war, wie männlich, wie kraftvoll — und dennoch — ein etwas plötzlich würgend in Hedwigs Kehle und drohte sie zu ersticken.

„Du siehst Dich nicht wohl“, bemerkte ihr Mann, der hinter ihr stand. „Die Lust hier drinnen ist aber auch zum

Abstimmung des Luftverkehrsverbots.

Auch Auslandsflüge gestattet.

Die Gefahr einer Säilung des deutschen Luftverkehrs abwendet. Nach Aufführung verschiedener Abstimmungen ist die interalliierte Luftfahrtkontrollkommission das verhinderte große deutsche Luftverkehrsamt verboten der Ausführung weiterer Flüge in Deutschland aufzugeben. Sie hat sich ferner bereit erklärt, die in und Königsberg beschlagnahmten deutschen Flugzeuge zu lassen. Auch dagegen, daß mit zivilen Luftfahrzeugen Flüge ins Ausland ausgeführt werden, erhebt sie Einwendungen. Ausrechtern bleibt nur das Verbot Auslandsflüge für diejenigen Flugzeuge, die früher ausflugsreisen gemacht sind, und deren Verwendung für ziviles Luftverkehr die Kontrollkommission gestattet hatte. Den Inlandsverkehr können auch diese Fahrzeuge unbedingt weiter benutzt werden.

Das Reichskabinett wird der Forderung der Kontroll-

kommission entsprechend den Auslandsverkehr der früheren Luftliniengesellschaften unterlegen. Es hat sich hierzu bereit-

ab, um weitere Schäden von der deutschen Flugzeug-

und dem deutschen Flugverkehr abzuhalten,

dabei keinen grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben,

die Kontrollkommission nicht berechtigt gewesen wäre,

einen einmal erzielten Konzessionen wieder zurückzutreten,

wenn sie monatelang die Ausführung von Ausland-

flügen mit den freigegebenen Fahrzeugen widerprüchlich

würde.

Deutscher Reichstag.

(Aus der 25. Sitzung.)

Als Vertreter der Regierung waren erschienen Reichskanzler von Hindenburg, Reichsminister des Auswärtigen Simons und Reichsminister Gehler. Die

Fortsetzung der Staatsbesprechung

zunächst eine Rede des demokratischen Abg. Schiller. Er ließ keine Wiederholungen, aber dennoch dachte er die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, gegen Vertrag von Versailles, die Quelle aller Elends im Deutschland, Verantwortung einzulegen. Der Vertrag, schrie er, ist ein Gemisch von Unvernunft und Vergewaltigung, es in der Weltgeschichte ein zweites Mal vielleicht nicht mehr kommt. Wie dieser Vertragsbruch von Versailles zu stande kommt, lädt von jetzt erfahren was. In diesem Buche des Moron, des Verkauften Willens. In diesem Buche geschildert, wie unter der Führung des französischen Kriegsministers Kloß

die Wilsonpunkte ganz systematisch sabotiert

sind, obwohl wir doch nur auf diese Punkte hin blickten. Kloß sagte, daß die Wilsonpunkte nur dann hätten dürfen für einen Staat, der freiwillig worden waren. Deutsches Land aber wäre bestrebt worden, daß Wilson nicht zu seinen Punkten gelangen. Es ist Bruch von Frei und Glauben, daß man für uns diese Punkte nicht gelten ließ, obwohl wir nur auf diese Punkte hin blicken niedergelegt hatten. Es ist unfehlbar festgestellt, daß der britische Vertrag eine allgemeine Ablösung folgen läßt, und das sofort Verhandlungen über eine allgemeine Ablösung der Macht eröffnet werden soll. Wir tragen die Entente, weil wir ein Recht darauf haben, wo diese Verhandlungen geblieben sind. Vieles, was uns verhindert wurde, ist mit Füßen getreten worden. Ich erinnere nur an die Vorgänge bei den Belagerungsstruppen von Zeeburg und Malmö und an die Dieselmotoren. Untereirotsch sollte den Antrag zu einer Revision des Vertrages geben. Der Redner wandte sich weiter gegen die Scheidemannschen Kräfte auf die Ostküste, forderte die peinliche Sorgfalt bei Wahrung der Produktions- und Seeverträgen in der Erstellung, daß wirklich ein solider Aufbau angebahnt werde, eine Reform der Rechtslage ist nötig, sie muß recht werden und vollständiger. Auch müssen wir prüfen, unter materiellem Recht, namentlich das Strafrecht, noch mal. Im Boote steht man der heutigen Rechtsprechung nicht standhaft gegenüber. Die Regierung muss in sich selbst Kraft finden, zum Wohl des Landes zu regieren. Vorwärts in deutsches Geist und deutsches Werk zu währen. Gedanken ins Leben zu rufen, die dazu beitragen können, der Welt von schwerem Leid genet.

Der nächste Redner war der Abg. Dänning Winkelnagel. Er erklärte, die Winkelnagelreden hätten zum Ausdruck gebracht, daß wir am Ende des Abgrunds stehen. Weiter sprach der Redner, indem er sich gegen die Rechte wendete, da wir alles tun, um den Verfall Friedensvertrag zu machen, aber nicht mit allen Mitteln. Den Kampf gegen den Kapitalismus einheitlich ohne nationale Auseinandersetzung ist unsere Aufgabe. Wir wollen nicht sozialisieren, sondern Sozialismus und würden uns aus

zuerst gegen eine verdeckte Beeinflussung der russischen Revolution wenden. Im übrigen sind wir Verfechter eines Systems, das mit dem parlamentarischen Blunder austand.

Die Redner der zweiten Reihe.

Damit war die erste Reihe der Redner, die zum Reichshauswahlloch weichen wollten, zu Ende, und es kam die zweite Reihe heran. Duerk sprach der Abg. Müller-Braaten (Soz.). Er betonte, seine Partei habe ihre Aufgabe darin, die Interessen der Arbeiter zu wahren und in Einklang mit dem Interesse anderer Stände zu bringen. Von der Erklärung, daß das Schulgesetz bald kommen wird, nehmen wir mit Verständigung Kenntnis. Hoffentlich kommt auch bald ein Lehrerbildungsgeley. Dann teilt sich die Redner gegen die Ausführungen des Abg. Graf Weiters (Deutschnat. Vo.) und sind dabei ausdrücklich auf die oberösterreichische Frage ein. Wir votieren bestimmt, sagte der Redner, daß die Volksabstimmung das Verbleiben Österreichs beim Reich ergeben wird. Eine Revision des Friedensvertrages von Versailles in seinen durchführbaren Bestimmungen muß und wird kommen, aber die Politik der Deutschen Nationalen ist wohl der falsche Weg, den man überbaut einzuhängen kann. Der Redner wurde wiederholt von starrem Lärm von der Rechten unterbrochen, besonders als er über die Schuld am Ausbruch des Krieges sprach und dabei die Ansichten der Deutschen Nationalen stark kritisierte. Am Schlusse bestätigte sich der Redner mit der Strophe der Sozialisierung. Damit schloß er seine Ausführungen.

Reichswehrminister Gehler bemerkte noch kurz, daß die Meldungen von Überfällen nach Litauen übertrieben seien. Damit schloß die Sitzung, und das Haus verließ sich.

Volkswirtschaft.

Aenderung der Seifenbetriebsaufsicht. In der Seifenwirtschaft tritt vom 1. November ab eine Änderung ein, als mit diesem Tage die Herstellung von Feuerzeugen wie S. O. B. G. Seifenpulver, S. O. B. G. Kernseife und S. O. B. G. Heinseife ausdrücklich allen Gesellschaftern die Herstellung ihrer Spezialerzeugnisse wieder gestattet wird. Mit dieser Änderung wird allerdings die freie Wirtschaft noch nicht reislos eingeführt, da die Herstellungsveraubnis noch an die weiterlebenden geschäftlichen Verhältnisse gebunden ist. Für die Spezialen in die Bestimmung getroffen, daß lediglich reine, also ungefährte Ware hergestellt werden darf. Bei Kernseife muß die Packung oder das Säufl. Hinweis auf die Herstellung oder einen Hinweis auf die Reinheit der Seife — Kernseife —, sowie die Ansäde des Schnittgewichtes tragen. Bei Seifenpulver muß der Gehalt an Seifensäure auf der Packung aufgedruckt sein.

Keine Verlängerung der Frühdrucksprämie. In landwirtschaftlichen Kreisen wird vielerorts auf eine Verlängerung der spätestens mit dem 18. Oktober fortgefallenen Frühdrucksprämie für Brotpulpa und Getreide gehofft. Wie demgegenüber aus dem Reichsnährungsministerium mitgeteilt wird, ist die Ausdehnung dieser Prämie ebenso wie eine Erhöhung der Preise für Getreide im laufenden Wirtschaftsjahr vollauf ausgeschlossen. Die Landwirtschaft hat also keinen Anlaß, in der Hoffnung auf eine höhere Bezahlung mit der Adhäsion des Brotpulpa zu rechnen.

Keine Kohlenpreiserhöhung. Der große Ausschuß des Reichskohleamtes und der Reichskohlenverband berieten den Antrag des rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie, seine Kohlenpreise entsprechend den dem Rohrverbau durch Schiedspruch auferlegten Kaufaufsetzungen der Bergarbeiter zu erhöhen. In vorangegangenen Verhandlungen mit der Regierung war darauf hingewiesen worden, daß der Bergbau die neue Belastung ohne Kohlenpreiserhöhung nicht tragen könnte, was auch der Schiedsspruch anerkannt hatte. Zugleich mußte der Bevölkerungsdruck des Reichswirtschaftsministeriums in der Sitzung erklärt werden, daß das Kabinett eine Kohlenpreiserhöhung nicht zulassen könne. Ausschlaggebend war die Rücksicht auf die gesamtwirtschaftlichen Folgen einer solchen Erhöhung.

Erhöhte Kohlenförderung in Sachsen. Eine Bergarbeiterverammlung des Zittauer Kohlenvereins erklärte sich grundsätzlich in Abrechnung der Kohlennot zur Ablösung bereit unter dem Vorbehalt, daß der Krieg der Wehrarbeit ausschließlich dem lästigen Volke zugute kommt.

Von Nah und fern.

Schließung des Friedmannschen Tuberkulose-Institutes. Das Tuberkulose-Institut des Professors Friedmann in Berlin ist pidatisch geschlossen worden, da die Mittel für die Unterhaltung der Anstalt, die nicht Staatseigentum ist, von der privaten Stelle, die sie vergebenen

hatte, nicht mehr gezahlt werden. Die Arbeiten des Sachverständigenausschusses, der für die Prüfung des Friedmannschen Schutz- und Heilmittel gegen Tuberkulose eingefordert worden ist, werden dadurch nicht berührt.

Pommersche Dorfbewohner gegen eine Mühlenrevision. Im Dorf Döllitz in Pommern verübten mehrere Mühlenreviseure die Mühle zu beschädigen. Die Einwohner des Ortes eilten in großen Scharen herbei, misshandelten die Reviseure und warteten den einen aus dem Fenster. In den Audiönen der Reviseure fand man seines Weizenmehl! Ein Reichswehrangebot von 25 Mann brachte die Männer schließlich in Sicherheit.

Internationaler Wucher. Man meldet aus Travemünde: Die Reichsmarschallgruppen haben in den letzten Tagen auf einem ausgedehnten dänischen Segler 5000 Isolatoren im Wert von etwa 100 000 Mark, auf einem anderen Motorboot 1000 Liter Weinspiritus aus Dänemark im Wert von 220 000 Mark und weiter 60 Zentner Weizen beschlagnahmt, der eingeführt und zu Dutzenpreisen verkauft werden sollte.

Raubüberfall auf einen Spiellub. Ein dreißiger Raubüberfall ist in Hamburg angeklagt worden. Die Polizei hatte die Ausbildung eines Spiellubs beschlossen. Polizeibeamte handen auch Zutritt zu den Spielräumen, wo eine Gesellschaft versammelt war, die aber nicht spielte. Der Grund der Spielzöglinge zeigte sich bald. Unbekannte Männer waren bereits früher als die Polizei erschienen und hatten die an 20 Personen zahlende Spielsellschaft ausgeraubt. Die Spieler mußten ruhig mit ansehen, wie man ihnen die Jacken, die Taschen, die Uhren mit Ketten und die Spielgelder abnahm. Die Raubzettel rauften auch Almosen, Ohrringe, Armbänder, Halsketten usw. Sie haben eine Summe von mehreren hunderttausend Mark gemacht.

Der Grenzroman des Königs Alexander. Aus Athen wird berichtet: Nach einem Gesetz, das mit dem 14. Oktober in Kraft getreten ist, gilt Apala Mans als die geistige Gemahlin des verstorbenen Königs Alexander von der Mutter, das die Vermählung ohne die gesetzlichen Formalitäten abgeschlossen wurde. Die Frage des privaten Nachlasses des Königs ist hiermit gelöst.

Halle a. S. Die Schleuse Weitlin wird wegen dringender Reparatur vom 2. bis 29. Januar für den Schiffsvorleit geöffnet.

Stom. Hier wurde eine internationale Konferenz gegen die Deutschrepublik in den Kolonien eröffnet.

Gerichtshalle.

Der Neffe des Generals. Vor dem Schößengericht Berlin-Mitte stand der Franzose Jean Marcard, ein Neffe des französischen Generals Camouze, unter der Anklage der Beträgerei und des Beitrags. Marcard war von seinen Angehörigen nach Köln gelandet worden, um die deutsche Sprache zu erlernen. Von Köln aus machte er mediatisch Anklage nach Berlin. Hier wohnte er in den ersten Hotels und machte große Sachen, ohne die Mittel dazu zu besitzen. Schließlich bezahlte er nur noch mit geäffneten Scheck. Er wurde wegen Beträgerei und Beitrags zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Ausreisung zum Klassebau. Der Schriftleiter der Neuen Zeitung in München, Chirbat, ist vom Münchner Volksgesetz wegen preisgelegten Vergebens der Ausreisung zum Klassebau und Aufruf zum Hochverrat zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden.

60 000 Mark Geldstrafe. Die Allensteiner Sträflinge verhandelten wegen Verabschiebung von 5000 Liter Spiritus, die auf dem Sülfazett Klauendorf vorgekommen waren, gegen lech Angestalte. Der Angestalte Kaufmann Bartholomäus wurde zu einem Monat Gefängnis und 60 000 Mark Geldstrafe, der Salzwirt Schulte zu einem Monat Gefängnis und 40 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Drei weitere Angestalte wurden zu Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zu einem Monat verurteilt. Einer der Angestalten wurde freigelassen.

Iwanizki Christien — das Stück 50 Kronen. Nicht weniger als achtzig Dörtegen hatte ein Wiener Kaufmann illegal einem Verwandten verabreicht, von dem er den Verdacht hegte, er habe keine Brust verfügt. Der Gerichtsgeiste hat darüberin gegen seinen Gegner Christien wegen Körperverletzung gefestigt und von ihm 10 000 Kronen Schaden erlassen. Das Wiener Bezirksgericht kam zu der Ansicht, daß eine Ohrfeige mit 50 Kronen sehr zu bestraft sei, und verurteilte den Angestalten zu einer Geldstrafe von 1000 Kronen. Früher sollen in Österreich Dörtegen noch bedeutend billiger gewesen sein. Interessant wäre es, festzustellen, wie die Zahlung der Ohrfeige vor sich genommen ist und ob sich auch niemand verschuldet hat.

Kraschen ließ in des Mannes Herz, denn je zuvor. Was war mit Hedwig? Warum war sie heute so merkwürdig verändert? Sie war ja immer etwas sonderbar gewesen, immer anders, als andere junge Mädchen, aber heute — so wie heute hatte Hedwig sie denn doch nicht gesehen. Es mußte ein ganz besonderer triftiger Grund vorhanden sein für das so jäh Kommen und Gehen der Harpe in ihrem Gesicht, für die unbeschreibliche, feierhafte Erregung, die sich in ihrem ganzen Geboren lund gab. Und jetzt — was tat sie jetzt?

Der Pächter stand auf und sah, daß Hedwig sich langsam vorwärts bewegte, geschoben und gedrängt von der Menge. Einige Dorfbewohner, denen es zu lange dauern mochte, bis die Reihe des Begnügens an sie kam, hatten sich mit Gewalt durchgedrängt, um von dem Baron und seiner Tochter schnell einen Händedruck zu erhalten. Hedwig wurde von dem allgemeinen Gewoge mitgerissen und entwandelte schließlich den Augen ihres Mannes. Dieser hellte sich schnell entspannen auf eine Faust, von wo aus er alles deutlich übersehen konnte. Er sah seine Frau vorwärts gleiten, wobei er wahrnahm, daß ihr Antlitz heiß gerötet war. Die zierliche Gestalt war voller Leben, voller Bewegung und Einfallslosigkeit, voll eines ehrlichen Verlangens, welches ihr Mann zwar sah, aber nicht verstand. Pötzlich gewahrte er, daß Hedwig euknöpft gegen einen der Verbrecheren anfiel, die Hände krampfhaft ineinander schloß und einen durchdringenden Schrei ausschrie.

Führten Sie mich hinunter, Herr Baron, um Gottes willen, schnell — schrie sie.

„Ist das junge Weib nicht fromm Schönes?“ hörte man in diesem Moment eine schrille Stimme fragen. „Wenn ja, so habe ich etwas mit ihr zu reden.“

Es war Frau Cooper, welche diese Worte sprach. Hedwig hatte sie in diesem Augenblick bemerkt. Frau Cooper kam mit Annie und Tora, den Schwestern des Barons, durch den großen Raum daher.

„Ich kann nicht bleiben — ich kann sie nicht sehen —“

Gesetzgebung folgt

BRUNNEN

BRUN

